

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 112 (2018)
Heft: 11

Artikel: Infamer Angriff auf die Arbeitenden im Land
Autor: Straub, Esther
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-816598>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

PS zum Text von Nora Gomringer:

Die Familie der ermordeten Sophia L. verwahrt sich dagegen, dass Teilnehmer einer AfD-Demo in Chemnitz am 1. September 2018 das Foto der Studentin im Grossformat durch die Innenstadt trugen. Sophias Bruder: «Wir lassen nicht zu, dass das Andenken an unsere Sophia für ausländerfeindliche Zwecke missbraucht wird. Wir stellen uns in ihrem Namen gegen die Instrumentalisierung ihrer Person für Hetze, Rassismus und Hass», erklärte der Bruder der Getöteten. «Sophia ist kein Opfer von irgendeiner Einwanderungspolitik – nicht nur, weil der Tatverdächtige gar kein in Deutschland lebender Immigrant war.» Die in Amberg in der Oberpfalz geborene 28-Jährige hatte im Juni von ihrem Studienort Leipzig aus Richtung Nürnberg trampen wollen. Ein Lastwagenfahrer aus Marokko soll sie laut Polizei an einer Tankstelle an der A9 in Sachsen mitgenommen und in Oberfranken umgebracht haben.

Die AfD hatte zu einem «Schweigemarsch» nach Chemnitz eingeladen, um an die Tötung eines 35-jährigen Deutschen mit kubanischen Wurzeln zu erinnern. Als tatverdächtig galten drei Araber. An der Kundgebung nahmen rund 8000 Menschen teil. Auch Vertreter des fremdenfeindlichen Pegida-Bündnisses marschierten mit. In der Erklärung der Familie heißt es dazu: «Diese Veranstaltung war kein Ort der aufrichtigen Trauer um Sophia oder sonst irgendjemanden, sondern ein Ort der Hetze und der Niedertracht.» Sophia habe sich in jahrelanger politischer Arbeit immer entschieden gegen Ausgrenzung, Rassismus und Menschenfeindlichkeit eingesetzt. «Dass die Rechtsextremen trotzdem ihr Bild nun im Namen des Hasses herumtragen, zeigt noch einmal mehr, dass sie sich kein bisschen für die gezeigten Personen interessieren», heißt es weiter. «Es ist eine perverse Verdrehung von Sophias Lebens und all dessen, wofür sie stand: Liebe, Mitgefühl und Menschlichkeit völlig unabhängig vom Kulturkreis, dem Land oder der sozialen Schicht, aus der jemand stammt.»

○ Bayrischer Rundfunk, Regionalnachrichten aus der Oberpfalz vom 5. September 2018

Infamer Angriff auf die Arbeitenden im Land

Esther Straub

An der Vollversammlung der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) hielt Gottfried Locher, eine Friedenspredigt im Basler Münster. Eine Replik.

«Selbstkritisch bleiben, nicht nur die eigene Meinung gelten lassen. Andere verstehen auch etwas vom Frieden. Fragen wir sie. Lassen wir uns korrigieren von ihnen.» SEK-Präsident Gottfried Locher schlug in seiner Friedenspredigt dialogbereite Töne an – so schien es. Am Eidgenössischen Dank-, Buss- und Betttag sollte die in Basel tagende Vollversammlung der ebenfalls von Locher präsidierten Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) erleben, wie die Schweizer Reformierten ticken. Mein Korrekturbedarf ist gross.

Locher stellte seine Predigt im Basler Münster unter den Titel «Peace Maker. Predigt über Mt 5,9»¹. Bereits bei der Lesung des Predigttextes stellte sich die erste Irritation ein. Der Bibeltext lag mit der Quellenangabe «Zürcher Bibel, 2007» schriftlich vor. Was da stand, war jedoch ein abgeänderter Text. Statt wie in der Zürcher Bibel «selig, die Frieden stiften – sie werden Söhne und Töchter Gottes genannt werden» lautete der Text: «... sie werden Kinder Gottes heißen». Wie der griechische Urtext betont die Zürcher Bibel die Mündigkeit derer, die Frieden stiften. Es sind gerade nicht die Unmündigen gemeint, sondern verantwortliche Männer und Frauen.

Bundesrat Ignazio Cassis nahm am Gottesdienstteil. So wartete die Gemeinde gespannt, mit welchen Worten Locher in seiner Friedenspredigt zur Lockerung der

Kriegsmaterialausfuhr in Bürgerkriegsländer Stellung beziehen würde. Die Predigt begann mit einer Erinnerung an 1989: Europa, kurz vor dem Fall der Mauer. «Pfingsten 89: Noch steht die Mauer, hoch und breit. Noch sterben Menschen beim Fluchtversuch, im Januar, im Februar und im März. Noch wird geschossen. So war damals Europa: nicht im Krieg, aber auch nicht wirklich im Frieden.»

Dann folgte der *genius loci*: «Pfingsten 89: Das ist auch die Zeit der Ersten Europäischen Ökumenischen Versammlung, ‹Frieden in Gerechtigkeit› lautet ihr Motto. Von überall her strömen die Kirchen nach Basel.» Hier im Münster hätten sie ihre Botschaft verkündigt. Locher forderte auf, vor dem Münster einen Blick auf den Gedenkstein zu werfen, der an die Versammlung '89 erinnert.

Und der Friedensmarsch 1912?

Hier spätestens stellte sich die zweite Irritation ein: Wie war es 1989 zu dieser Versammlung gekommen? Woher stammte die Idee, im Basler Münster zu tagen? Es war nicht nur die Reminiszenz an das letzte Konzil vor der Reformation, das in Basel stattgefunden hatte, sondern eine andere Erinnerung führte massgeblich dazu, dass die Basler Regierung die Ökumenische Versammlung einlud. Ein katholisches Mitglied des Basler Parlaments hatte die Regierung darauf aufmerksam gemacht, dass im November 1912 der grosse Friedenkongress der Sozialistischen Internationale im Basler Münster stattgefunden hatte.² Zwei Friedenkongresse im Basler Münster: 1912 und 1989. Warum ignorierte Locher 1912?

Weit über 10 000 Menschen hatten sich 1912 am Friedensmarsch beteiligt, der durch Basel hinauf zum Münster führte, wo die Schlusskundgebung stattfand. Leonhard Ragaz, 1902 bis 1908 Pfarrer am Basler Münster, hatte sich dafür eingesetzt, dass die sozialistischen Delegierten sich im Münster versammeln konnten. Der Kongress – ein letztes Aufbüumen der internationalen Arbeiterschaft Europas gegen den drohenden Krieg – fand über die Grenzen hinaus grosse Ausstrahlung, auch in die bürgerlichen Lager hinein. Das Friedensmanifest von Basel enthielt unter anderem eine deutliche Kritik des Rüstungswahnsinns. Zwei Jahre später

tobte der Erste Weltkrieg. In den meisten Ländern hatten die sozialdemokratischen Abgeordneten den Kriegskrediten zugestimmt, nur wenige blieben standhaft. Ragaz konstatierte: Der Nationalismus «ist über die Völker gekommen wie ein ungeheuerer Rausch». Willy Spieler zeichnet nach, wie Ragaz zum Schluss kommt, «dass der Friedenswillen sich im damaligen Sozialismus nicht tief genug habe verankern können, dass die Ergänzung durch eine religiöse Friedensbewegung gefehlt habe»³.

Politisieren in Kompromissformeln

An Pfingsten 1989 tagte die erste von der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und vom Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) organisierte Ökumenische Versammlung ebenfalls in Basel unter dem Thema «Frieden in Gerechtigkeit». Das Schlussdokument gibt der Überzeugung Ausdruck, dass «der Krieg nach dem Willen Gottes nicht sein darf»⁴. Zu den konkreten Fragen nach Krieg und Frieden politisierte das Papier allerdings in Kompromissformeln, hielt Willy Spieler in einer ausführlichen Würdigung und Kritik des Dokuments in den *Neuen Wegen* fest. Er zitierte einen Pfarrer aus der DDR, der enttäuscht darüber war, dass das Papier die Verweigerung des Militärdienstes lediglich rechtfertigte, wogegen «die Ökumenische Versammlung in der DDR zum gleichen Thema einen Schritt weiter ging und dem zivilen Dienst einen ethischen Vorrang einräumte»⁵.

Locher nahm nur die Ökumenische Versammlung von 1989 in den Blick. «Dankbar sind wir wieder hier versammelt, wieder als Kirchengemeinschaft im Basler Münster, wieder in der Hoffnung auf Frieden in Gerechtigkeit», predigte er im Basler Münster, und dann wurde er konkret: Nach fünf Empfehlungen für FriedensstifterInnen kam er zum «politischen Sprengstoff» der Formel Friede in Gerechtigkeit. Wer Christus folgen wolle, könne nicht akzeptieren, dass Europa sich zu einer Festung mache und die Schutzsuchenden sich selbst überlasse. Klare Worte, die Locher jedoch bereits im selben Gedankengang in eine verquere Richtung entfaltete: «Die Waffen, die wir in Kriegsgebiete liefern: Ist der Arbeitsfrieden unserer Sozialpartner

wichtiger als das potenzielle Töten mit unseren Rüstungsgütern?»

Für die Lockerung der Kriegsmaterialexporte hatte der Bundesrat in seinem Beschluss sicherheitspolitische Argumente vorgeschoben. Selbst die NZZ zeigte sich verwundert über diese Argumentation.⁶ Dass die Sicherung von Arbeitsplätzen ein noch weniger stichhaltiges Argument wäre, das wusste nicht nur der Bundesrat. Doch genau diesen Zusammenhang wagte Locher zu beschwören und überzeichnete ihn in ungeheuerlicher Weise. Mit seiner Frage suggerierte er, es gehe dem Bundesrat um das hehre Ziel, den Arbeitsfrieden zu wahren.

Eine unkritische Theologie

Locher entschuldigte den Bundesrat und schob die Schuld einer friedensgefährdenden Arbeiterschaft zu. Und tatsächlich, was nun folgte, waren weitere entschuldigende Sätze: «Es sind schwierige Fragen, sie gehen uns alle an. Es sind immer auch politische Fragen, einfach zu stellen von der Kanzel herab, schwieriger zu beantworten in Ratshäusern und Parlamenten. Politische Entscheide sind oft Kompromisse. Grenzen sind Notwendigkeiten unseres Lebens. Grenzen schützen und geben Sicherheit. Wir wissen das. Aber wir wissen auch: Echter Frieden ist immer Frieden in Gerechtigkeit, friedlich für alle, gerecht für alle. Herr Bundesrat, wir danken Ihnen, wenn Sie versuchen, Friedensstifter zu sein.»

1912 hatten die Wortführer der europäischen Arbeiterschaft von der Münsterkanzel herab Klartext gesprochen. 1989 formulierte der Erfurter Probst Heino Falcke in der Eröffnungsrede der Ökumenischen Versammlung: «Die Frage dieser Tage kann nicht lauten: Wie politisch darf die Kirche werden? Die Frage ist, ob uns die Liebe zu Christus erfüllt, sein Frieden und seine Gerechtigkeit uns bewegen, wie politisch und brisant auch immer es dann werden mag.»⁷ 2018 predigte der Präsident der Schweizer Reformierten am selben Ort eine unkritische, staatstragende Theologie.

Die Evangelischen Frauen Schweiz (EFS) hatten zwei Monate vor dem Bettag den «desaströsen Entscheid» des Bundesrates zu Rüstungsexporten in einem offenen Brief kritisiert. 150 Zürcher

Pfarrerinnen und Pfarrer doppelten nach und schalteten in der NZZ einen Brief, der daran erinnerte, dass der Zürcher Rat in der Reformation das Söldnerwesen abschaffte, die Kriegswirtschaft eindämmte und wirtschaftliche Gewinnaussichten zurückstellte. Bundesrat Schneider-Ammann, zusammen mit Gottfried Locher Präsident des Patronatskomitees des Schweizer Reformationsjubiläums, sollte um diese Errungenschaften wissen. Bezugnehmend auf die beiden Briefe reichte der Kirchenrat der Reformierten Landeskirche Zürich beim SEK eine Interpellation ein und gab seiner Überzeugung Ausdruck, «dass schweizerische Rüstungsgüter keinesfalls in Staaten exportiert werden sollten, die in einen Bürgerkrieg verwickelt sind». Es ist zu hoffen, dass die Antwort des SEK-Rates deutlicher und prophetischer ausfällt als die unkritische Predigt von Gottfried Locher. Doch wie immer die Antwort ausfällt, die Arbeiterinnen und Arbeiter am Reich Gottes sind mündige Kirchenbürgerrinnen und -bürger und werden sich nicht davon abhalten lassen, gegen die menschenrechtsverachtende Profitgier der Rüstungskonzerne zu protestieren.

○ *1970, Pfarrerin in Zürich Saatlen und Schwamendingen, ist Mitglied der Religiösozialen Fraktion und Kirchenrätin der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich. Sie ist Kantonsrätin der SP und Co-Präsidentin der *Neuen Wege*.

straub@neuewege.ch

- 1 Die Predigt ist auf ref.ch im pdf-Format aufgeschaltet: ref.ch/news/locher-wahlte-eine-unkritische-und-staatstragende-haltung/
- 2 Markus Mattmüller: *Europäische Ökumenische Versammlung «Frieden in Gerechtigkeit»: Was sagen wir religiösen Sozialisten dazu?* Neue Wege 2/1989, S. 55f.
- 3 Willy Spieler: *Wie ein Christ Sozialist und Pazifist wird*. Leonhard Ragaz und das Jahr 1912. Neue Wege 10/2012, S.261.
- 4 Konferenz Europäischer Kirchen/Rat der Bischofskonferenzen Europas. Europäische Ökumenische Versammlung FRIEDEN IN GERECHTIGKEIT, 15.–21. Mai 1989, Basel/Schweiz, Schlussdokument, 24.
- 5 Willy Spieler: *Zeichen der Zeit. «Frieden in Gerechtigkeit»*. Neue Wege 10/1989, S. 305.
- 6 Heidi Gmür: *Der Bundesrat stochert beim Kriegsmaterial im Ungefährten*. In: NZZ, 22. Juni 2018.
- 7 Peter Felber, Xaver Pfister (Hg.): *Gerechtigkeit und Frieden umarmen sich, Europäische Ökumenische Versammlung Basel 1989*. Basel/Zürich 1989, S.160.